

Telegramm von Walter Hallstein an das Auswärtige Amt (30. Mai 1956)

Quelle: PA AA, [s.l.]. B10 Abteilung II, Politische Abteilung. Bd. 905, Aussenministerkonferenzen-Venedig.

Urheberrecht: (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/telegramm_von_walter_hallstein_an_das_auswartige_amt_30_mai_1956-de-434b4f9f-e271-4650-84e9-22e17b748cf4.html



Publication date: 05/11/2015

Telegramm von Walter Hallstein an das Auswärtige Amt (30. Mai 1956)

Nr. 7 vom 30.5.1956, Citissime

Auch für Herrn Bundeskanzler und Bundesminister.

Praktische Arbeit der Konferenz heute abend bis auf Abfassung Kommunikués, worüber morgen beschlossen werden wird, abgeschlossen. Pineau, der Vorsitz hatte, reist heute nacht.

I. Hauptgegenstand war Darlegung sachlicher Stellungnahme der Regierungen zu grossen Linien Brüsseler Berichts, unter Hervorhebung von Reserven, deren Anmeldung billigerweise vor Eintritt in Vertragsverhandlungen erwartet werden musste. Ich habe Kabinettsbeschluss vom 9. Mai vorgetragen, das heißt Hinweis auf Einheitlichkeit Berichtes und dessen gemeinsame Verwirklichung und Zustimmung zu vier Hauptthesen.

1. Zollunion mit unwiderruflichen Etappen;
2. Vereinbarungen über Wettbewerbsprinzip, Politik des Zahlungsbilanzausgleichs und gemeinsame Wirtschafts- und Handelspolitik;
3. Errichtung von Investitionsfonds und Anpassungsfonds;
4. Bildung einer Atomgemeinschaft.

Ferner Einverständnis mit Zugrundelegung Brüsseler Berichts und mit Eröffnung einheitlicher Vertragsverhandlungen unter Vorbehalt von Ergänzungs- und Abänderungsvorschlägen für die Lösung der Einzelprobleme. Bei Erläuterungen habe ich sonstige in Ressortbesprechungen oder Einzelaussagen von Ressorts gewünschten Hinweise berücksichtigt.

Franzosen (Pineau) mit einheitlicher Vertragsverhandlung einverstanden. Sachlich neuer Vorschlag zum Gemeinsamen Markt: Keine unwiderrufliche Fixierung der Etappen von Anfang an, sondern Übergang zur zweiten Etappe, zwar ohne neuen ratifikationsbedürftigen Vertrag, jedoch nur auf Grund der Feststellung, dass Probleme der vorangegangenen Etappe gelöst seien. Ferner fordern sie Einbeziehung der überseeischen Gebiete. Schliesslich verlangen sie Handlungsfreiheit für ihre Wirtschaftspolitik einschliesslich dirigistischer Elemente. Zu Euratom seien noch zu klären: Grösse des gemeinsamen Budgets, Frage der nichtpatentierten Erfindungen, Regelung der militärischen Nutzung, die später erörtert werden könne, für die aber das Schreiben Spaaks als Diskussionsgrundlage dienen könne.

Italiener (Martino) unterstrichen Ausgewogenheit Gesamtberichtes und sprachen sich unter Vorbehalt dieses Gleichgewichts für Bericht aus. Einzelheiten: Italiener sind für Beschaffungsmonopol bei Euratom; erwarten weiter Freizügigkeit des Kapitals und der Arbeitskräfte; wollen Verkehr und klassische Energie im Rahmen Gemeinsamen Marktes behandelt wissen; heben Bedeutung geschlossenen Auftretens der Sechs zur Stärkung ihrer handelspolitischen Stellung gegenüber dritten Ländern hervor.

Luxemburger (Bech) unterstrichen Notwendigkeit Schutzes der Landwirtschaft.

Niederländer (Beyen) und Belgier (Spaak) am uneingeschränktesten für den Bericht. Niederländer wünschten Klärung folgender Fragen: Präzisierung der Formel für die Aussentarife; Harmonisierung der Arbeitsbedingungen, was nicht Gleichmachung der Gesetzgebungen bedeute; Prüfung der Verantwortung der europäischen Kommission gegenüber der Parlamentarischen Versammlung; Junctim zwischen Gemeinsamen Markt und Atomgemeinschaft. Gegen Pineau gewandt: Freiheit nationaler Wirtschaftspolitik dürfe Gemeinsamen Markt nicht in Frage stellen; für Fixierung der Etappe der Zollunion von vornherein, da man sich sonst politischem Druck der Interessenten aussetze. Belgien hat neue Verhandlungen mit Vereinigten Staaten angekündigt, um seinen bilateralen Vertrag an künftige Euratom-Lösung anzugleichen.

II. Zum Verfahren wurde beschlossen:

1. Spaak wurde zum Präsidenten der Vertragskonferenz bestellt, die in Brüssel stattfinden soll.

2. Einheitliche Vertragsverhandlungen mit zwei Zweigen: Gemeinsamer Markt und Euratom. Grundlage: Brüsseler Bericht. Ziel: Zwei Verträge. Jede Delegation hat einen Leiter.
3. Gleichlaufende Verhandlungen über französische Anregung der Einbeziehung überseeischer Gebiete und über Spaaks Vorschlag betreffend militärische Nutzung der Kernenergie.
4. Verhandlungsbeginn: 26. Juni 1956.
5. Einladungen an dritte Staaten sind Sache des Konferenzpräsidenten. Sie sollen grundsätzlich an alle OEEC-Mitglieder ergehen. Einzelheiten (ob volle Teilnahme oder nur als Beobachter) werden morgen bei Abfassung des Kommuniqués noch zu diskutieren sein. Analoge Einladung an OEEC, Europarat, europäische Verkehrsminister-Konferenz, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Hallstein